

## Wie „reich“ ist Barmbek-Süd?

Wie „reich“ ist Barmbek-Süd?

Geht es uns in Barmbek-Süd finanziell gut? Geht es uns so gut, dass wir ab 2018 verzichten können auf die kostenlosen(!) Leistungen des Kinder- und Familienzentrums im Barmbek-Basch? Sind die Eltern in unserem Stadtteil so reich, dass sie diese Leistungen künftig bei kommerziellen Anbietern einkaufen können: bei der Volkshochschule, bei Sportvereinen und Familienbildungsstätten? Lesen Sie dazu in dieser Ausgabe den Artikel von Herrn Szepansky, dem Leiter des Kinder- und Familienzentrums! Aber über die Einkommenssituation im Stadtteil sollte ich hier kurz etwas erzählen:

Wir alle wissen: Barmbek-Süd ist mehr als nur Neubauwohnungen mit hohen Mieten und Eigentumswohnungen mit hohen Kaufpreisen. Zum Glück haben wir an unterschiedlichen Standorten auch etwa 300 neue Sozialwohnungen mit Mieten ab 6,30 €/m<sup>2</sup>. Weitere sind im Bau. Und natürlich bleibt der meist ältere Wohnungsbestand erhalten und bietet mit seinen geringeren Mieten auch jungen Familien eine Chance. Wenn der Bezirk also bei seiner Einschätzung der „strukturellen Bedingungen“ in Barmbek-Süd vor allem auf hochpreisige Neubauwohnungen schießt und auf Eigentumswohnungen, dann ergibt das ein ziemlich schiefes Bild.

Wie schief so ein Bild sein kann, zeigt ein Blick in die Einkommensteuerstatistik. Das Statistikamt Nord für Hamburg und Schleswig-Holstein hat sie gerade für das Jahr 2013 veröffentlicht. In diesem Zahlenberg besonders interessant ist der rechnerische Mittelwert unserer Einkommen. Die Behörde berechnet ihn, indem sie den Gesamtbetrag aller Einkünfte im Stadtteil teilt durch die Anzahl der Steuerpflichtigen. Ergebnis: Die Steuerpflichtigen in Dulsberg, Barmbek-Nord, Langenhorn und Barmbek-Süd haben die niedrigsten Einkünfte im ganzen Bezirk. Und der Begriff „Mittelwert“ wird dann als „durchschnittliches Einkommen“ interpretiert. Wie falsch das ist, hat das Statistikamt für 2010 berechnet: Der rechnerische Mittelwert ist aufgrund der vielen hohen Einkommen so hoch, dass die Einkommen von 69 % aller Steuerpflichtigen in Hamburg unter diesem „Mittelwert“ liegen!

Das Statistikamt hat nun zum ersten Mal auch den sogenannten Median oder Zentralwert für die Stadtteile veröffentlicht. Für diesen Wert werden Einkünfte aller Steuerpflichtigen aufsteigend übereinander notiert. Der Median ist der Wert genau in der Mitte - also die Zahl gleich weit entfernt vom niedrigsten wie vom höchsten Einkommenswert. Für Statistiker zeigt dieser Wert das mittlere Einkommen viel realistischer, als es der rechnerische Mittelwert schafft. Der Median ist deshalb näher an der Wahrheit, weil ihn die nach oben ausreißenden hohen Einkünfte weniger stark beeinflussen. Mich erinnert das an die „paar Schwalben“, die noch lange keinen Sommer machen.

Die Abweichungen zwischen den beiden Berechnungsmethoden sind übrigens beträchtlich. Der rechnerische Mittelwert aus den Einkommen aller Steuerpflichtigen in Barmbek-Süd für 2013 beträgt 32.679 €, der wirklichkeitsnähere Median dagegen 26.379 €; Differenz also 6.300 € oder knapp 20 %.

Es wäre also interessant zu wissen, wie die Einschätzung der neuen „strukturellen Bedingungen“ in Barmbek-Süd zustande kam? Wurden die Daten des Statistikamtes berücksichtigt? Und falls ja: wie kann das Bezirksamt dann zum Ergebnis kommen, wir wären ein reicher Stadtteil?

Frank Lundbeck

## Umbau der Beethovenstraße geplant

Die Bebauung des an der Beethovenstraße für Straßenbau freigehaltenen Streifens mit ca. 150 Wohnungen hat bereits begonnen. Jetzt hat der Regionalausschuss auf Antrag von SPD- und Grüne-Fraktionen beschlossen, auch die Straße umzubauen: Vorgesehen sind die Erneuerung der Fußwege, die Anlage von Radfahrstreifen und das Setzen von Pollern, um an einigen Stellen das Befahren oder Parken zu verhindern. Da zwischen Bachstraße und Winterhuder Weg Radfahrstreifen nicht möglich sind, soll dort aus Sicherheitsgründen Tempo 30 gelten.

**Stadtteilbüro**  
Barmbek Sued

Wohldorfer Straße 30, 22081 Hamburg  
Tel. 040/519008067 · Fax 040/519008069  
eMail stadtteilbuero@barmbek-sued.de  
www.barmbek-sued.de

Wir laden Sie herzlich zu den monatlichen Sitzungen unseres Stadtteilrats ein; immer am ersten Mittwoch des Monats um 19 Uhr im Barmbek-BASCH, Wohldorfer Straße 30. Die nächste Sitzungen finden am **Mittwoch, 6. Dezember, Mittwoch, 10. Januar (2. Mittwoch!), Mittwoch, 7. Februar und Mittwoch 7. März statt. Die Tagesordnung finden Sie ca. eine Woche vor der Sitzung unter [www.barmbek-sued.de](http://www.barmbek-sued.de). Sie können diese Ausgabe unter [www.barmbek-sued.de/files/Stadteilinfo48.pdf](http://www.barmbek-sued.de/files/Stadteilinfo48.pdf) herunterladen und weiterleiten. Wenn Sie über die jeweils aktuelle Ausgabe per Mail informiert werden möchten, wenden Sie sich bitte an unser Büro. Sie finden sämtliche Ausgaben unter [www.barmbek-sued.de/stadteilzeitung](http://www.barmbek-sued.de/stadteilzeitung).**

### Impressum

Barmbek-Süd Stadtteilinfo  
Auflage: 5000 Exemplare  
Hrsg: Stadtteilverein Barmbek- Süd e.V.  
Wohldorfer Straße 30, 22081 Hamburg  
v.i.S.d.P. Frank Lundbeck  
Druck: Graphische Werkstatt Wandsbek GmbH & Co. KG

# Barmbek-Süd Stadtteilinfo 48



Foto: Marius Röer / Hamburger Morgenpost

## Und ab die Post...

Normalerweise geht es im Stadtteilrat eher gediegen zu. Zugegeben: in unseren Sitzungen fragen wir schon mal energisch nach oder äußern Kritik - nötigenfalls auch mit Nachdruck. Aber das hält sich in den Grenzen des Schicklichen. - Diesmal jedoch war es anders. Als wir während unserer Juni-Sitzung erfuhren, dass unsere Post in der Volksdorfer Straße geschlossen werden soll, da waren wir mehr als nur empört: wir waren wütend – richtig wütend! Jeder von uns. Die ganze große Runde. Barmbek-Süd fühlte sich abgehängt. Und als ein Post-Sprecher verkündete, es sei unklar, ob und wo im Stadtteil es eine Nachfolgelösung geben werde, da fanden wir das auch nicht lustig... Klar, dass wir eine Arbeitsgruppe gründeten. Klar, dass wir Unterschriften sammelten und in die Öffentlichkeit gingen: Wochenblatt, Mopo, Abendblatt, Fernsehen. Und klar auch, dass wir keine Chance hatten. Denn rechtlich – das wurde schnell deutlich - gab es keine Möglichkeit, die Schließung unserer Filiale zu verhindern.

Natürlich: das Grundgesetz gewährleistet eine flächendeckende und angemessene Versorgung mit den nötigsten Postdiensten. Es gibt auch ein Postgesetz und eine Postuniversaldienstleistungsverordnung. Beide – das Gesetz und das Beamtendeutsch-Wortungstüm – sollen festlegen, was Brief- und Paketdienste mindestens leisten müssen. Wenn man aber genauer

hinschaut, erkennt man, dass diese Regeln erstaunlich luftig ausfallen. Außerdem sind Postbank und Deutsche Post DHL Group Privatunternehmen. Ihr oberstes Ziel ist nicht der kurze Weg zur Post für den Rentner mit Rollator: Ihr oberstes Ziel ist der Gewinn. Das geht offenbar auch ohne uns.

Ja: früher war es mal anders. Früher war die „Deutsche Bundespost“ ein Riese aus Gelber Post (Briefe und Pakete), Blauer Post (Postbank) und Grauer Post (Telefon). Und dieser Riese war eine Behörde. Er hatte nach den haushalterischen Grundsätzen der öffentlichen Verwaltung zu arbeiten: wirtschaftlich zwar, aber ohne Profitstreben. Trotzdem fielen nebenbei für den Bundeshaushalt jährlich bis zu fünf Milliarden DM ab. Dann aber – Ende der Achtziger Jahre – wurden die drei Bereiche der Post voneinander getrennt. Man erzählte uns damals, aus der angeblich „verstaubten“ Gelben Post müsse nun ein modernes, kundenorientiertes und flexibles Dienstleistungsunternehmen werden. Eine Privatisierung sei daher unumgänglich. Wer zweifelte, wurde besänftigt: die Leistungen der Post würden anschließend zugleich besser und billiger werden. In jenen wilden Jahren kursierte unter Postbeamten ein schräger Witz: „Was macht der Postminister, wenn er morgens ins Büro kommt?“ Antwort: „Er erledigt die Post!“

Fortsetzung innen>>>

## Fortsetzung zum Titelthema

Und so geschah es, dass uns Bürgern unsere erfreulich profitable Behörde genommen wurde. Zum Lohn dafür, dass wir uns nicht dagegen wehrten, durften wir das, was uns bis dahin gehört hatte, anschließend wieder zurückkaufen in Form von sogenannten „Volks-Aktien“. Nein – dass muss man nicht verstehen.

Inzwischen - mehr als zwei Jahrzehnte später - warten wir noch immer auf die Qualitätssteigerungen zu sinkenden Preisen. Denn der Privatkunde der Deutsche Post DHL Group steht heute schlechter da einst als der Kunde der Deutschen Bundespost. Er zahlt mehr und muss dafür immer mehr Leistungen selbst erbringen.

Seit 1990 wurden in Deutschland 17.000 Postfilialen geschlossen. Wer ein Einschreiben abholen will, dazu noch ein Paket und wer außerdem Geldgeschäfte mit der Postbank erledigen möchte, muss nun unter Umständen drei verschiedene Adressen anlaufen – womöglich in drei verschiedenen Stadtteilen. Und weil wir keinen rechtlichen Anspruch mehr haben auf einzelne Leistungen des Postdienstes, können wir sie notfalls auch nicht einklagen. Gleichzeitig aber steigen die schriftlichen Beschwerden über die Brief- und Paketzustellung jährlich um bis zu 256%. Übrigens: in Hamburg nehmen die Qualitätsmängel besonders rasant zu.

Es gibt Kämpfe, die kämpft man, weil man sie gewinnen kann. Und es gibt die anderen, die man kämpft, weil es sich so gehört. Der Protest des Stadtteilrates Barmbek-Süd gegen die Schließung unserer Postbank und Postfiliale zählte zur zweiten Kategorie. Wir wollten das nicht so einfach mit uns machen lassen! Und wir waren nicht allein. Mehr als 2200 Bürger aus dem Stadtteil haben uns am Ende mit ihrer Unterschrift unterstützt. Der Seniorenbeirat des Bezirks Nord hatte sich uns angeschlossen. Dann kam Mitte September nach Telefonaten und persönlichen Gesprächen mit den Parteien die Nachricht, dass sich alle im Regionalausschuss aktiven Fraktionen für unser Anliegen aussprachen. Mit einem parteiübergreifenden (...) Antrag und einer gemeinsamen Presseerklärung forderten sie: „Das Quartier Dehnhaide braucht weiterhin Post- und Postbankdienstleistungen!“ Knapp einen Monat danach informierte die Deutsche Post DHL Group den Regionalausschuss, dass in der Hamburger Straße 200 zum Ende November eine Partnerfiliale eröffnet: Die postalische Versorgung der Bevölkerung bleibe damit weiterhin in vollem Umfang gewährleistet. - Wir sind gespannt und warten noch auf den Geldautomaten der Postbank.

*Hans Joachim Verhufen*

## 20 Jahre KiFaZ - aber nicht alle feiern mit.

Im Stadtteilinfo Nr. 47 haben wir ja schon über das Jubiläum des Kinder- und Familienzentrums berichtet. Am 7.9.2017 machte dann das Bezirksamt (BA) Hamburg-Nord uns dazu ein unpassendes Geschenk. Die Verwaltung möchte bei uns 60.000 € ab 2018 einsparen. Auch will sie die Arbeit mit den geflüchteten Familien, die wir seit 2016 mit zusätzlichen Geldern hauptsächlich in Langenhorn aufgebaut haben, nicht weiter finanzieren. Das sind noch mal 76600 €, die uns fehlen könnten. Wenn das umgesetzt werden würde, dann würden die Angebote in Barmbek und Langenhorn drastisch eingeschränkt werden müssen. Das trübe sowohl die Familien, wie auch die Beschäftigten im KiFaZ. Das Argument des BA ist, den Menschen in Barmbek-Süd ginge es so gut, dass sie diese Angebote nicht mehr bräuchten oder sie sich bei anderen einkaufen könnten. („VHS, Sportvereine, Familienbildungsstätten, kommerzielle Anbieter“). Das BA nennt das „veränderte Strukturbedingungen in Barmbek-Süd“. In fast 17 Jahren, die ich im KiFaZ arbeite, wäre es das erste Mal, dass ein Stadtteil von „Amtswegen“ als reich erklärt wird. Wenn der gleiche Maßstab in allen anderen Stadtteilen des Bezirks angelegt werden würde, dann dürften in weiteren 9 der 13 Stadtteile keine oder nur deutlich geringere Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe stattfinden. Sie sind in allen Parametern, die die Verwaltung als Begründung für die Kürzung anführt, bessergestellt als Barmbek-Süd. Deutlich wurde das auch insbesondere durch die am 11.10. 2017 durch das Statistikamt Nord veröffentlichte Einkommensstatistik. Langenhorn und Barmbek-Süd z.B. sind in einer Kategorie. Dahinter rangieren nur noch Barmbek-Nord und Dulsberg.

Außerdem wissen wir, dass zwar heute ca. 2000 Einwohner mehr im Stadtteil leben, als vor 7 Jahren, dass aber dadurch keine alte Bevölkerung verdrängt wurde. Es wurden Brachen, Parks und Nachverdichtungsräume bebaut, aber keine Häuser abgerissen und ersetzt. Auch gibt es keine im nennenswerten Umfang vorhandene attraktive Altbausubstanz, die luxussaniert und teurer vermietet werden könnte. Und wir wissen ja auch, wer zu uns kommt. Die Menschen brauchen in vielen Fällen deswegen Unterstützung, weil es ihnen nicht gut geht. Auf der anderen Seite sind wir offen für alle und alle haben auch etwas davon. Wir sind bis jetzt ein verlässlicher Ort der Begegnung, an dem schon viele Freundschaften geschlossen worden sind, egal welchen sozialen und finanziellen Hintergrund sie haben. Alle sind sie vereint in dem Bestreben, möglichst viel Gutes zum Aufwachsen ihrer Kinder beizutragen.

Viele Eltern wehren sich gegen die Kürzungen beim KiFaZ. Wir haben große Unterstützung erfahren bei der Sammlung von Unterschriften. Viele haben eine Protest-Postkarte an die Bezirksversammlung geschrieben und viele Einrichtungen, mit denen wir zusammen arbeiten, haben sich dem Protest angeschlossen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels ist noch nichts entschieden. Und vielleicht können wir in dem nächsten Stadtteilinfo von Erfolgen berichten, dass die Arbeit weiter gehen kann. Zu wünschen wäre es.

Helmut Szepansky

## Ist das Planschbecken im Schleidenpark zu retten ?

Schon seit ein paar Jahren wird das Planschbecken im Schleidenpark am Biedermannplatz von drei ehrenamtlichen Paten der St. Sophien Gemeinde Barmbek betreut. Sonst wäre der aufwändige Betrieb des Beckens bereits vor Jahren eingestellt worden. Es gibt einen komplizierten, sich alle drei Tage wiederholenden Ablauf zum Reinigen, Befüllen, Chlorieren und Abfließen des Wassers bei Sommerwetter. Zu Beginn der diesjährigen Badesaison trat eine Änderung der Chemikalienabgabeverordnung ein; danach darf das Bezirksamt den ehrenamtlichen Paten keinen Chlor mehr aushändigen. Deshalb übernahm ein Mitarbeiter des Bezirksamtes das Chlorieren. Die Paten boten an, einen Lehrgang zu absolvieren, um der Verordnung Genüge zu tun; das Bezirksamt prüft noch. Im Juli konnte das Wasser nicht mehr abfließen, da der danebenliegende Teich aufgrund des Starkregens das Wasser nicht mehr aufnehmen konnte. Die Prüfung, ob das vorhandene, stillgelegte Überlaufsiel wieder in Betrieb genommen werden kann, ist bis heute nicht abgeschlossen.

Aufgrund der Initiative eines Paten wurde die Politik auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Daraufhin haben die Herren Müller und Fischer (CDU-Fraktion) eine kleine Anfrage an das Bezirksamt gestellt, um zu erfahren, ob und wie das Problem behoben werden kann. Es wurde auch die Frage gestellt, ob es Pläne gibt, das Planschbecken nicht mehr instand zu setzen und zu schließen.

Hierauf gab es vom Bezirksamt die Information, dass es bisher keine Pläne für eine Schließung des Beckens gibt. Es werde jedoch überlegt, ob ein Planschbecken in dieser Größe angesichts des enormen Trinkwasserverbrauchs vor allem unter ökologischen, aber auch finanziellen Gesichtspunkten in dieser Form noch zeitgemäß und tragbar ist. Das Becken muss zukünftig täglich gefüllt und abends geleert werden, da eine Chlorung durch Paten nicht mehr in Frage kommt. Die Füllmenge beträgt rund 75m<sup>3</sup>, die Trinkwasserkosten nur für den Betrieb des Biedermannplatzes (incl. Wassermatschanlage) betragen in den letzten drei Jahren im Schnitt ca. 5.900,00 Euro. Wenn eine tägliche Befüllung notwendig wird, werden diese Kosten sich mindestens um ein Drittel erhöhen. Zuzüglich kommt die noch nicht bezifferte Sieleinleitungsgebühr dazu.

Die Überlegungen seitens des Bezirks gehen in Richtung Wasserspielplatz, um das wichtige Spielelement Wasser zu erhalten, jedoch aufgrund der Aktualität des Themas bisher noch ohne substantielle Planung und Kostenkalkulation dazu.

Mit Hilfe der Politik wollen wir versuchen, den Erhalt des Planschbeckens zu erreichen. Die vom Bezirksamt angebotene Lösung, das Planschbecken im Stadtpark zu nutzen, halten wir für nicht praktikabel, da der Weg für die Kinder der umliegenden Kitas und Schulen zu weit ist. Außerdem werden wir Paten darauf dringen, dass wir wieder das Chlorieren durchführen dürfen, was doch eigentlich mit einem Zertifikat erreicht sein müsste. Auch finden wir, dass für die Kinder die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssen. Es wäre sicher hilfreich, wenn Sie uns beim Bezirksamt und den PolitikerInnen unterstützen, um die Schließung zu vermeiden. Der nächste Sommer kommt bestimmt.

Manfred Wachter

## Ilse-Löwenstein-Schule erweitert

Unsere Stadteilschule an der Humboldtstr. 89 hat zum Schuljahresbeginn ihren zweiten Standort Imstedt für die Jahrgänge fünf und sieben bezogen. Das Gebäude ist vorher unter Beratung des Denkmalschutzamtes saniert worden. Das Eröffnungsfest, das Sommerfest der Schule und der traditionelle Ilse-Löwenstein-Tag wurden dazu zusammengelegt.

Die Schule hat im Schuljahr 2012/2013 ihre Tätigkeit mit zunächst fünf Klassen als Dependence der Heinrich-Hertz-Schule aufgenommen. Nach einem weiteren Schuljahr wurde sie aufgrund der gestiegenen Anmeldezahlen als eigenständige Stadteilschule anerkannt. Um dies auch gegenüber SchülerInnen, Eltern und Stadtteil deutlich wahrnehmbar zu machen, erfolgte die Umbenennung der Schule in Ilse-Löwenstein-Schule.

Die Namensgeberin, das jüdische Mädchen Ilse Löwenstein, lebte in der Humboldtstraße und wurde 1942 im Alter von 17 Jahren mit seiner Familie nach Minsk deportiert und umgebracht. Die Schule mit ihren 500 SchülerInnen steht im Gedanken an sie für ein demokratisches und tolerantes Miteinander ein.

## Neues von Bugenhagenkirche/Die Burg

Die trügerische Ruhe um das Schicksal der Bugenhagenkirche scheint zu Ende zu gehen: Der Kirchenkreis Hamburg-Ost, der das Objekt übernehmen und einen Investor finden soll, hat dem Stadtteilrat Barmbek-Süd auf Nachfrage mitgeteilt: „Die Vertragsverhandlungen sind einen großen Schritt weiter gekommen und wir hoffen, sie bald beenden zu können“.

Außer dem hat die Bezirksversammlung auf Antrag von SPD- und Grüne-Fraktionen beschlossen, dass für zukünftige Ausschreibungs- und Interessenbekundungsverfahren eine weiterhin dem Stadtteil zugewandte Nutzung der Bugenhagenkirche festgeschrieben wird.

Diese Linie stimmt mit der Haltung des Stadtteilrates überein, das Gebäude für den Stadtteil offen zu halten. Wir können uns eine Lösung vorstellen, bei der „Die Burg“ das Gebäude auch in Zukunft nutzen kann.